

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 71.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 199.

Bezugspreis f. Halle u. Sorote 2,50 M., durch d. Post bezogen a M. f. d. Vierteljahr. Postzeitungsliste Nr. 329. Die Gall. Sta. erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Gall. Courrier (tägl. Beilagenblatt), N. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Bando. Witzblatt.

Erste Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. halbjährliche Beilage od. deren Raum f. Halle u. den Postbezirk 20 M., auswärts 30 M. Bekanntheit am Ende des redaktionellen Teils der Zeitg. 100 M. Anzeigen-Rücknahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. G. Braunhauser. Sämtliche: Dr. Walter Gebendahn in Halle a. S.

Dienstag, 13. Februar 1906.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-RM 114 494. Druck und Verlag von Otto Erdle in Halle a. S.

Was es mit der „Entrechtung“ sachlich auf sich hat.

Durch die revolutionären Rundgebungen der Sozialdemokratie, die in den letzten Wochen die Umkreisungen der „Genossen“ nur allzu deutlich enthüllen, hat sich bekanntlich als Zeitmotiv immer die verlogene Phrase gezogen, das Volk sei durch die in Sachsen, in Hamburg, in Preußen herrschenden Wahlverfahren „entrecht“; es müsse also danach streben, durch allgemeines und gleiches Wahlrecht überall in den Volksteilen seiner Rechte zu gelangen. Wie sehr diese „Entrechtungs“-Parole im Hinblick auf Preußen der Wahrheit ins Gesicht schlägt, haben wir kürzlich dargelegen versucht. Mag auch das preussische Wahlrecht in formaler Beziehung sehr besserungsfähig sein, so wird sein prinzipieller Grundgedanke, die politische Betätigung der maßgeblichen Personen von ihrer Steuerfähigkeit nicht unabhängig zu machen, umsover mehr aufrecht zu erhalten sein, als die direkte Abstimmung in Preußen mit ihrer Schonung der niedrigen Einkommen eine Art von Korsett zu dem Wahlsysteme darstellt. Je höher ein Staatsangehöriger mit seinem Einkommen zu Abgaben an den Staat herangezogen wird, umsover mehr genießt er ein Recht, auf die Staatsangelegenheiten einen Einfluß zu gewinnen, also da für das Gros der männlichen Bevölkerung dieser Einfluß in der Praxis ausüben besteht, maßlos ja klar. Dieser Satz zur Realität ist ausgesprochenen Tages ist so klar und einleuchtend, daß ihn jeder politisch halbwegs Wüchsig unterzeichnen muß. Doch von diesem elementaren und des näheren Beweises nicht erst bedürftigen Grundgedanke ganz abgesehen, möchten wir nicht behaupten, daß mit dem Einzug der Sozialdemokratie ins preussische Abgeordnetenhaus rein sachlich für den Gang der Gesetzgebungs-Geschäfte und für den Inhalt etwaiger neuer Gesetze irgend etwas gewonnen würde. Denn gerade durch die „Entrechtung“ ihrer Arbeiten hat sich die genannte Körperschaft bisher stets charakterisiert. Alle die mannigfachen Detailfragen der Politik, des Gemeinwohlens, der Finanzen, der Verwaltung, der Kirche, Schulen, Universitäten, Kommunalwesen usw. sind dem preussischen Abgeordnetenhaus vorbehalten, während die Aufgaben des Reichstages naturgemäß mehr allgemeiner Art sind, mehr die generelle und große Politik betreffen. Im Abgeordnetenhaus wird mehr getan, im Reichstage mehr geredet. Wenn der Vergleich erlaubt ist, so bescheidet der Reichstag gewissermaßen das Gerippe des menschlichen Körpers, das Abgeordnetenhaus einen seiner wichtigen übrigen Teile, die zum richtigen Funktionieren des Lebens nötig sind. Die Sozialdemokratie bringt es im Reichstage meist zuwege, den Gang der Geschäfte durch demagogische Reden und andere abstrusere Manöver sehr zum Schaden des Ganzen und des Ansehens des Reichstages aufzuhalten. Besonders leidet diese Partei überhaupt nicht und praktische Schritte zur Verbesserung der Gesetzesvorlagen gehen von ihr so gut wie gar nicht aus. Sie vermeint bloß, singt und heßt und benutzt ihre Reichstagsmandate ausschließlich für Unterwühlung der bestehenden Staatsform, der herrschenden Ordnung. Gewiß wird jeder vernünftige Staatsbürger der Meinung sein, daß in einer Volkserhebung notwendigweise eine Partei der Opposition gegen die Regierung und gegen die Interessen der die Regierung vertretenden Fraktionen existieren müsse. Mein politischer Gegner aber, der mich nicht zu seiner Meinung überreden will, sondern den inneren Wunsch hat, mich zu vernichten und diesen Wunsch betätigen wird, so bald er hierfür Gelegenheit und passende Gelegenheit findet, hört auf, mein Gegner zu sein. Er wird mein Feind, dessen ich mich mit allen Mitteln der Selbsterhaltung zu erwehren habe. So etwa sieht die Sozialdemokratie im Reichstage zur Regierung und zu allen herrschenden Parteien. Das ist nicht mehr die Partei einer heilsamen und unter Umständen lehrreichen Opposition, sondern der geistlosesten Feindschaft aller, die das Bestehende und Ueberlieferte hochhalten, ein Feind, der stark und darum übermächtig geworden ist und sich nicht mehr scheut, sein wahres Gesicht zu zeigen. Rime nun diese Gesellschaft auch in das preussische Abgeordnetenhaus, so würde es auch hier bald mit jeder sachlichen Arbeit zu Ende sein. Kein Etat würde mehr rechtzeitig verabschiedet werden können, wichtige Gesetze würden aufgehalten werden. Auf bestimmten Gebieten, wie denen der Kirche und Schule, würde ein wüstes Demagogentum in unere alten, bewährten Einrichtungen hineinzuwühlen und Verwirrung zu stiften suchen, wo bisher Sicherheit und Ständigkeit den Nutzen und Segen verbrügten. Und ein anderes Moment möchten wir auch hier nicht außer Acht lassen, eine Veränderung des preussischen Wahlrechts mehr oder weniger dringend zu fordern. Ein Entschluß, das die Beteiligung der Arbeiterbevölkerung an der Wahl begünstigt und sozialdemokratische Abgeordnete ins Haus führt, würde vermutlich ähnliche Erscheinungen wie im Reichstage zeitigen: für die „Genossen“ müßte Platz im Abgeordnetenhaus gemacht werden und diesen Platz würden wahrscheinlich in erster Reihe die Liberalen hergeben müssen, weil sie solche Wahlkreise vertreten, in denen die sozialdemokratische Konkurrenz zuerst auf dem Lande erscheinen würde, und weil die Konfessions- und Ultramontanen im allgemeinen aus Versehen kommen, die ihnen immer sicher sind und bleiben werden. Man mag das alles Sprüche nicht verstehen, daß der Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 12. Februar.

Die neuen Handelsverträge.

Kasamäßig wird geschlossen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen deutschen Zolltarifs und der neu abgeschlossenen Handelsverträge ist nahe gerückt. Die Ausführungsarbeiten sind nach dem Bundesrat das Amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarif, die Anleitung für die Zollabfertigung, das Statistische Warenverzeichnis, das Massenwareverzeichnis und andere Anweisungen erlassen hat, zum allerersten Teile beendet. Es wird sich nun noch darum handeln, zeitweilig, welche Staaten an den Vertragsstücken gleich vom 1. März 1906 ab teilhaben werden. Zollverträge hat Deutschland neu abgeschlossen und ratifiziert mit Rußland, Italien, Schweiz, Belgien, Rumänien und Bulgarien. Zu ihnen gesellt sich der Zollvertrag mit Griechenland, der nicht gekündigt worden und über den 1. März 1906 fortläuft. Alle diese Staaten werden die ihnen einzeln und in ihrer Gesamtheit gewährten Zugeständnisse bei der Wareneinfuhr nach Deutschland genießen. Zu ihnen würden kommen Oesterreich, Ungarn und Serbien, mit denen nach Kündigung der alten Zollverträge neue abgeschlossen sind. Diese sind allerdings noch nicht ratifiziert. Man nimmt jedoch an, daß die Ratifikation nimmer bald erfolgen werde, sodas auch die diesen Staaten gewährten Konzessionen vom Beginn des nächsten Monats ab den Vertragsstücken zuzurechnen wären. Die letzteren werden sodann allen jenen Staaten zu Gute kommen, mit denen Weißbittungsverträge noch weiter dauern oder mit denen, wie Frankreich und England, die Weißbittungsverträge in anderer Weise festgesetzt ist. Der Umfang der für Frankreich in Betracht kommenden Vertragsstücke ist übrigens nach dem Französischen Frieden nicht ganz so weit, wie für die anderen Länder. Was zunächst die übrigen europäischen Staaten betrifft, mit denen das Deutsche Reich im Weißbittungsvertragsverhältnis steht, so sind Veränderungen des bisherigen Verhältnisses zu Dänemark, Norwegen, Holland und der Türkei wenigstens vorläufig nicht in Aussicht genommen. Mit Schweden wird über den Abschluß eines Zollvertrages gegenwärtig verhandelt. Jedemfalls werden auch seine Ergebnisse bis auf weiteres nach den neuen Vertragsstücken bei der Einfuhr nach Deutschland behandelt werden. Weit übrig die übrige Salbinsel. Das Abkommen mit Spanien ist für die Mitte des laufenden Jahres gekündigt. Mit ihm sowohl wie mit Portugal, dem einzigen größeren europäischen Staate, mit dem kein Weißbittungsvertragsverhältnis besteht, wird aber über eine Neuregelung der Handelsbeziehungen verhandelt. Von den außereuropäischen Staaten steht eine ganze Anzahl im Weißbittungsvertragsverhältnis zu Deutschland und wird darin auch nach dem 1. März 1906 verbleiben, so die britische Kolonien außer Canada, Japan, Chile, Argentinien usw. Ein Handelsvertrag mit Äthiopien liegt dem Reichstage vor, an einem solchen mit China wird gearbeitet. Auch mit Argentinien werden Verhandlungen über die Neuregelung der Handelsbeziehungen gepflogen. Da jedoch der bisherige Weißbittungsvertrag nicht gekündigt ist, so ist es sicher, daß keine Prozedenzen noch mindestens ein Jahr hindurch an den Vertragsstücken teilhaben werden. Anders steht bekanntlich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die, wenn bis zum Ende des laufenden Monats kein neues Abkommen getroffen wird, das Weißbittungsvertragsrecht verlieren. Auf jeden Fall bedeutet der 1. März 1906 einen Termin von größter Wichtigkeit für die künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande.

Aus dem Reichstage.

Die vierstündige Sitzung am Sonnabend, 10. Februar, wurde angeführt durch die neue Interpretation der Sozialdemokratie über das Rubenland auf der Besche „Rouffia“. Die Interpellationen legten diesmal den Schwerpunkt auf die Betonung, es seien reichsgesetzliche Arbeiterbeschäftigungen verkehrt, und hofften in den Reichstagen, an einer Veranstaltung des Reichstages zu können. Graf Rodonski erklärte jedoch, der Reichstagsler könne die Verantwortung der Interpretation ab, da die bisherige Unterordnung nicht den geringsten Anhalt dafür geboten habe, daß irgend eine Stellung irgend welcher reichsgesetzlicher Vorschriften den Anlaß zu dem bedauerlichen Unfall gegeben habe. Gleichwohl behauptete das Haus mit drei Stimmen der Linken und des Zentrums die Verantwortung der Interpretation. Als 8 o m e l b u r g (Soz.) bemängelte diese Erklärung und suchte nachzuweisen, daß das Unglück durch Ausschaltung von Arbeiterbeschäftigungen entstanden sei. Abg. Gieseler (Zentr.) forderte die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren, sowie die Schaffung eines Reichsberufes. Abg. Dr. Deumer (nl.) trat den sozialdemokratischen Arbeiterbeschäftigungen entgegen. Abg. Hoffman (Soz.), der den Redner mit der Bemerkung unterbrach: „Wenn ich die Schuld an so lange Gedrückt hätte wie Sie, wäre ich nicht so dumme wie Sie“, wurde vom Präsidenten Grafen Balleslein zur Ordnung gerufen. An der Befragung beteiligten sich noch die Abgg. Benemann (fr. Sp.), Sulzerki (Pol.), Sue (Soz.) und Erberger (Zentr.), ohne etwas sachlich neues dazubringen zu können. Erst nach 5 Uhr konnte die Sitzung geschlossen werden.

werden. Darauf trat Montag 1 Uhr: Fortsetzung der Sitzberatung.

Wegen die von der Reichsregierung gebildeten Verkehrs-Kommissionen hat auch der Bundestag in der letzten Sitzung (Leipzig) in einer am Reichstag gerichteten Eingabe Widerspruch erhoben. Der Eingabe liegt der Antrag zu Grunde, „bemehnten Teile des von den verbündeten Regierungen vorgeschlagen Entwurfs einer Reichsfinanzreform, der eine Kürzung von Mitteln an sich zu bringen enthält, die Zustimmung zu verweigern und ferner für eine zweckmäßige Umgestaltung der Steuer auf Sachverhältnissen und Populationsverhältnisse, sowie Sachfragen Sorge zu tragen.“

Die Reichstagskommission für Untersuchung der Landfrage und der Tätigkeit der Landgesellschaften in Südwestafrika wählte am Sonnabend in ihrer dritten Sitzung zunächst 14 Referenten und Korreferenten über die vorliegenden in Betracht kommenden Verhandlungspunkte, legte den Referenten und Korreferenten, wie es ebenfalls werden soll, fest und beschloß, an alle in Frage kommenden Landgesellschaften bestimmte Fragen zur Beantwortung zu richten, in denen die Gesellschaften auch Auskunft über ihre Tätigkeit und Erfolge geben sollen; u. a. sollen auch die Gesellschaften veranlaßt werden, Jahresbilanzen zur Einsicht vorzulegen. Die nächste Sitzung der Kommission ist noch anbestimmt.

Haftung für Verfassungen. Der Bundesrat hat nach dem A. M. dem Reichstage durch den eine Abänderung der zivilrechtlichen Haftung für Verfassungen beschlossen worden, in seiner letzten Sitzung zugeteilt, jedoch als die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs noch in dieser Tagung zu erwarten ist.

Zur Frage der Entschuldung des künftigen Grundbesitzes. Schreiben die Berliner Blätter: Durch den Tod des Geheimrats Holtmann sind die Vorarbeiten für den vom Landwirtschaftsminister von Hübelski angefangenen Gesetzentwurf betreffend die Entschuldung des künftigen Grundbesitzes in Nichtstand gekommen, jedoch hält man im Landwirtschaftsministerium an der Hoffnung fest, das Gesetz doch noch in dieser Session dem Landtage vorlegen zu können. Es handelt sich um einen ersten Versuch auf diesem schwierigen Gebiete, der Entwurf bedarf nicht dabei vorerst auf ein engeres Gebiet. Die Entschuldung soll durch die landwirtschaftlichen Kreditinstitute in Angriff genommen und zu diesem Zweck auch Staatsmittel bereitgestellt werden.

Die bisjährige Studienreise der Reichstagsabgeordneten geht voraussichtlich nach Ostasien. Der Abgeordnete Hans Feilke 20 Plätze zur Verfügung. Die Reise erfolgt am 1. August von Genoa, wobei die mitreisenden Abgeordneten am 22. November oder 6. Dezember zurückkehren. Es ist vorgesehen ein Ausflug in das Innere der Insel Ceylon, ein fünfzigstägiger Aufenthalt in Hongkong, ein achtzigstägiger in Shanghai, eine Flußfahrt den Yangtze hinauf bis Hankau, für Tientsin sind 14 Tage gezeichnet, und von dort bis drei Wochen. Bekanntlich ist auch eine Studienreise nach Ostasien geplant.

Die königliche Anstiftungs-Kommission hat im verflossenen Jahre und bereits in diesem Jahre eine größere Anzahl von Gütern zur Versteigerung erworben. Im November 1905 allein sind 15 größere Güter in Polen und Westpreußen angekauft worden. Es liegen der „Schl. Ztg.“ zufolge im laufenden Jahre zur Versteigerung aus: 43 große Güter und 7 große Grundstücke einer Gesamtfläche von rund 2900 Hektar. Gierow entfallen auf Posen 29 und auf Westpreußen 21 Güter, die künftige Versteigerung und fast ausschließlich Posen und südbaltischen Böhmen haben. Insgesamt befinden sich auf diesen Gütern: 2300 Anliegerstellen in der Größe von 10 bis 70 und 80 Morgen (rund 37 000 Hektar). Die kleinbäuerlichen Stellen sind gegen 3 v. S. Rente (drei Freijahre) oder zum Teil auch gegen Pachtzins zu übernehmen.

Die Subkommission des Abgeordnetenhauses verhandelte am Sonnabend über den Eisenbahnetat. Der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Budge wird im Laufe der Debatte darauf hin, daß die dauernden Ausgaben des Staats nicht in zu hohem Maße auf die künftigen Einnahmen der Eisenbahnverwaltung gestellt werden dürfen. Was die Reform und die Vereinbittung der Personentaxe in Deutschland anlangt, so scheitert in Aussicht, daß sie mit Bayern, Sachsen, Mecklenburg, Oldenburg und Elbisch-Lothringen zu Stande komme. Für die Einigung mit Baden und Württemberg besteht allerdings weniger Aussicht.

Zur Lotteriereise. In Frankfurt a. M. soll eine Konferenz der Finanzminister von Preußen, Württemberg und Baden stattgefunden haben. Die „N. Fr.“ erklärt, daß es sich um die Einbeziehung Badens und Württembergs in die preussische Lotterie gehandelt habe.

Die künftigen Wahlrechts-Reformvorläge. Den Mitgliedern der Stenographen in Sachsen waren die eingelaufenen Wahlrechts-Reformvorläge vornehmlich mitgeteilt worden, damit nichts darüber veröffentlicht würde. Da aber trotzdem eine der Vorläge in der Presse ediert wurden, erklärte der freisinnige Abg. Günther in der Kammer, seine Fraktion halte nimmermehr Freitextion nicht mehr für nötig. Die Veröffentlichung sämtlicher Vorläge ist demnach erfolgt: Es sind 10 konfessionelle, 5 nationale, 5 lokale Vorläge und ein reformistischer und freisinniger. Der letztere verlangt Abschaffung des Wahlrechtsaufschubs über: Rückzug zum 2. März-Jenius. Die meisten übrigen Vorläge befürworten Abstufung nach Alter und Beruf oder nach Einkommen, bezw. Steuerzahlen. Darauflegung des Wähleralters auf 28 und 30 Jahre, Einführung eines Jenius von 4, 7 und 10 Mark, Einführung der Wahlprüfung, der Wahl der Abgeordneten durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung usw.

Zeppiche, Gardinen, Portièren,

Tisch- u. Diwandecken, woll. Decken, Steppdecken, Möbelstoffe, Vorlagen, Felle, Läuferstoffe, Friese etc. empfiehlt in reichhaltigster Auswahl nur bester Fabrikate zu billigst gestellten Preisen

Orientalische Zeppiche.

Bruno Freytag,

Leipzigerstrasse 100, part. I. u. II. Etage.
- Gegr. 1865. -

[2128]

Friedrich Wilhelm

Preussische Lebens- u. Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
BERLIN W. 64, Behrenstr. 59/61
Errichtet 1866.
Neue Anträge in 1905: 93½ Millionen Mark.

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung

zu annähernd gleichem, vielfach — je nach Alter und Versicherungsdauer — sogar niedrigerem Preise als dem, der von leistungsfähigen Gesellschaften für die bisher übliche Versicherung mit ärztlicher Untersuchung verlangt wird.

Steigende Dividende.

Jährliche Steigerung, je nach der Prämienzahlungsdauer, voraussichtlich 3 bis

6%

Die Versicherung ist unverfallbar und unanfechtbar. Reisen und Aufenthalt unterliegen keinerlei Beschränkung. Kriegsversicherung ohne Extraprämie, auch für Berufssoldaten eingeschlossen.

Man veräume nicht, nähere Auskunft zu verlangen.

Bureau: Halle, Meckelstr. 1. [2127]

Verein für Erdkunde.

Sitzung am Freitag, den 16. ds. Mts., um 7½ Uhr im „Hôtel zur Tulpe“.
Vortrag des Herrn Prof. Dr. W. Deimer aus Jena: „Die Smaragdinsel Java, Trobriand, Kultur und Bevölkerung des Landes“.

Auswärtige Theater.

Mittwoch, den 14. Februar 1906.
Leipzig (Neues Theater): Der Trompeter von Saffingen.
Leipzig (Altes Theater): Nachm.: Jung-Habemichts u. das Silberprinzchen. Abends: Die Schüppel.
Weimar (Hoftheater): Die Hochzeit des Figaro.

M^{me}. Sarah Bernhard, Paris

Her Leichter! Ich bin sehr glücklich, Ihnen für Ihre bewundernswerten Fabrikate danken zu können.
Ich werde mich niemals mehr anderer Theaterparfümerien bedienen und Ihnen von Paris meine Aufträge übermitteln.
Sarah Bernhard.

Diese glänzende Anerkennung ist ein grosser Triumph der Leichter'schen Puder und Schminken. — Besonders empfehle:

Leichter's Fettpuder

Leichter's Hermellinpuder, Leichter's Aspasjapuder.

Es sind vorzügliche Gesichtspuder zum täglichen Gebrauch. Man sieht nicht, dass man gepudert ist, vielmehr erhält das Gesicht jene interessante Schönheit, die alle Welt bewundert. — Ueberrall zu haben, aber nur in verschlossenen Dosen. Man verlange stets LEICHTNER.

L. Leichter, Lieferant der Königl. Theater, Berlin, Schützenstr. 31. [1771]

Handschuhe zur Konfirmation

guter Sitz — beste Naht
in reichster Auswahl und in allen Preislagen empfiehlt [1758]

Unt. Leipzigerstrasse 9, gegenüber d. Ulrichsk.

F. C. Siebert, Handschuhfabrik, gegr. 1853.

Rabatt-Spar-Verein.

Neue Singakademie.

Leitung: W. Wurfchmidt.
Freitag, den 16. Februar, abends 8 Uhr in den „Kaisersälen“

III. Händel-Aufführung. SAUL

Oratorium für Chor, Soli und Orchester von G. F. Händel in der Neugestaltung von Dr. Fr. Chrysander.
Mitwirkende: Frau Elfriede Goette (Sopran), Frau Kammer-sängerin Louise Geller-Walter (Alt) aus Berlin, Hugo Heydenbluth (Tenor) aus Weimar, Anton Siersterns (Bass) aus Berlin.
Orchester: Das verstärkte Stadttheater-Orchester. Cembalo: Dr. Max Seiffert aus Berlin.
Konzertflügel „Blüthner“ aus dem Magazin B. Döll.
Eintrittskarten zu 3,10, 2,10 und 1,05 Mk. und Liedertexte à 20 Pfg. in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan, Gr. Steinstrasse 14. Fernsprecher 2335. — Karten für Studierende beim Kastellan der Universität. [2156]

Prospekte gratis in Franco

DRILLMASCHINEN Würzburgia

Neue, rasch gesetzlich vollkommene Allein-fabrikation für landwirtschaftliche Maschinen vormals Gebrüder Buxbaum, Würzburg. Allbewährteste Saemaschine.

geschütztes Modell, Konstruktion Aktien-Gesellschaft

Vertreter allerorts gesucht

Nur kurze Zeit.

Ausstellung moderner Meister

Halle, Leipzigerstrasse 66 a.

300 Oelgemälde berühmter Meister.

Frauen-Verein zur Armen- und Krankenpflege.

Vorträge zum Behen des Vereins.
Donnerstag, 15. Februar, 6 Uhr im Volksaufbau, Neue Promenade 13 Vortrag des Herrn Dr. E. Kohlschütter in Bismarckstr.

„Reisebilder aus Deutsch-Ostafrika“

unter Vorführung von Lichtbildern nach Originalaufnahmen. Den 22. Februar wird Herr Dr. Aall den Vortrag halten.
Der Vorstand: Wächter.

Wratzke & Steiger

Juweliere und Edelschmiede, Königl. Griech. Hoflieferanten
Halle a. S., Poststr. 8.

darunter Werke von Gabriel v. Max, E. Grüntzer, Prof. A. Neogrady, A. H. Schramm, A. Kaufmann, Lonza Duxa, Tominz Pauls, Oliva, E. Nowak, Emil Barbarini, Urban etc. etc. [1942]

Freie Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!!!

Königstädtische höhere Privat-Mädchen- und Knaben-Vorschule

Halle, Lindenstrasse 66 und Tryanderstrasse.
Vorsteherin: Luise Staab. [1152]

DAVID'S MIGNON-KAKAO

pe. Pfd. Mk. 1.50, 1.50, 2.00 u. 2.40 ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

DAVID'S MIGNON-SCHOKOLADE

pe. ¼ Pfd. Packet 40, 50, 60 Pfg ist das feinste Fabrikat der Neuzeit.
FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

Zum 27. Februar

Silberne Hochzeit des Kaiserpaares.

Fahnen, Flaggen, Banner

von Schiffszugewand. [2167]

z. B. billige Nationalfahnen, Adlerfahnen, kombinierte Kaiser Kaiserfahnen etc.
Wappenschilde, Silberhochzeits- Dekorationen.
Illuminierte Lampen. — Fackeln. — Feuerwerk.
— Fest-Katalog gratis und franko. —

Bonner Fahnenfabrik (A. Kähler & Kluge) i. Bonn a. Rhein.

Deutscher Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien

Abteilung Halle a. S.
Donnerstag, den 15. Februar, vormittags 11 Uhr im Privatgymnasium des Herrn Geheimrat Lehmann, Gr. Steinstr. 19.

ordentliche Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht über 1905. 2. Rechnungslegung über 1905. 3. Wahl des Vorstandes und Beirates.
Der Vorstand.

Geräumiger Laden m. Nebenraum in unserem Leipziger- u. Poststr. -Gde L. A. 1906 Gefährdungs- u. Brandschutz zu verm. Preis 1350 RM. p. a. Näh. Gebr. C. & R. Sperling.

Goldene Bruchleidenenden Paris 1896.

empfehle meine beliebigen, Tag und Nacht tragbaren Gürtelbruchbänder ohne Federn.

Leib- und Vorfallobanden, Geradhalter, Gummistrümpfe etc. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. Mein langjähriger erfahrener Vertreter ist wieder mit Nutzen anwendbar in Halle Sonnabend, den 17. Februar von 9-4 und Sonntag, den 18. Februar von 11-2 im Hotel „Stadt Brandenburg“, Brandstrasse.

L. Bogasch, Stuttgart u. Bültingen. Dr. f. Briefe: L. Bogasch, Stuttgart.

Passage-Restaurant, Inh. Fr. Titsch,

Gr. Brauhausstr. 30.
Morgen Dienstag
Gr. Schlachtfest.

Kaiserbad Schmiedeberg (Halle).

Spezialanstalt für Rheumatiker und Gichtkranke der besseren Stände. Winterkur. Eisenmoor-bäder im Hause. Ausfuhr. Prospekt durch Dr. Schuckelt, dir. Arzt u. Besitzer.

